

Kommunales

von Frederick Brütting, Jusos Baden-Württemberg

Pragmatische Linke:
Die progressive Kraft der Jusos.

pragmatische-linke@web.de

Die Zukunft vor Ort gestalten – Neue Akzente in unserer Kommunalpolitik setzen

Kommunen sind für uns der Kern des demokratischen und sozialen Staates. Wir wollen starke Kommunen, die Bindeglied für die Gemeinschaft vor Ort sind. Städte, Gemeinden und Kreise sollen aktive Sozial- und Wirtschaftspolitik betreiben, individuelle Freiheit der BürgerInnen ermöglichen und für einen solidarischen Ausgleich in der Gesellschaft sorgen. Wir wollen eine Repolitisierung der kommunalen Politik. Es muss einen Unterschied machen, ob eine Stadt von SozialdemokratInnen regiert wird oder nicht. Wir sehen die Kommunalpolitik als Schlüssel um strukturelle Mehrheiten in der Gesellschaft für die SPD zu gewinnen.

Bildung und Betreuung als Schwerpunkt

Die Sozialdemokratie hat Bildung schon immer als Weg für den gesellschaftlichen Aufstieg begriffen. Gute Bildungseinrichtungen in einer Kommune sind entscheidend für die Gesellschaft vor Ort. Da die Kommunen als Schulträger die Kosten zu tragen haben, fordern wir auch mehr Freiheit was die Gestaltung der Schularten, Bildungsschwerpunkte und Auswahl der LehrerInnen und Schulleiter angeht. Das gegliederte Schulsystem kann so vor Ort Stück für Stück überwunden werden. Durch die Zusammenlegung von Schularten sind wohnortnahe Schulstandorte zu erhalten. Im Bereich der Betreuungseinrichtungen müssen die Kommunen auffangen, was die Länder oft versäumen. Dennoch sollte in Zusammenarbeit mit den freien Trägern eine Gebührenfreiheit angestrebt werden. Ganztageseinrichtungen sind, von der Kita bis zum Gymnasium, auszubauen.

Kommunen auf demographischen Wandel einstellen – personell und planerisch

Unsere Gesellschaft wird älter. Auf kommunaler Ebene ist diese Feststellung jedoch noch nicht im politischen Handeln angelangt. Vielerorts wird versucht, durch Flächenversiegelung und Ausweisung von Bauland junge, kaufkräftige Familien anzulocken und so die eigene Bevölkerungsstruktur zu Lasten der Nachbargemeinde oder anderer Regionen zu verbessern.

An anderer Stelle werden ältere Menschen und ihre Angehörigen mit altersbedingten Erkrankungen oftmals alleingelassen und finden keinen unabhängigen Ansprechpartner. Beratung findet nur durch das Wohlfahrtsunternehmen als späteren Vertragspartner statt. Für Jusos sieht so keine nachhaltige Gesellschaftspolitik aus: Wir fordern die Ertüchtigung vorhandener Wohnquartiere anstatt Flächenversiegelung und Verwahrlosung bestehenden Wohnraums. Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Außerdem die Erschließung von bezahlbarem Wohnraum entlang von erschlossenen Verkehrswegen. Des Weiteren die Beachtung generationengerechten Wohnens, das sich den Anforderungen von Singles/Alleinstehenden, Paaren und (Groß-) Familien flexibel anpasst, schon bei der Planung. Die Verbesserung der Angebote bei altersbedingten Erkrankungen, z.B. bessere Facharztversorgung, Betreuung der Angehörigen, unabhängige Beratung ist zu gewährleisten.

Zwang zur Privatisierung stoppen – Öffentliche Daseinsvorsorge stärken

Viele Kommunen werden durch ihre unzureichende finanzielle Ausstattung, welche sie selbst nicht maßgeblich beeinflussen können, in die Privatisierung kommunaler Angebote getrieben. Privatisierungen lösen jedoch meist keine strukturellen Probleme. Eine Sinnhaftigkeitserwägung kann nicht stattfinden, wenn Privatisierungszwänge durch übergeordnete Behörden ausgelöst werden. Zudem subventionieren Kommunen mit rentablen Bereichen häufig unrentable Bereiche, die aber für die Daseinsvorsorge notwendig sind, z.B. im Nahverkehr oder bei der Abfallentsorgung. Hier muss einer „Rosinenpickerei“ privater Investoren vorgebeugt werden. Außerdem lassen sich viele öffentliche Aufgaben im Rahmen kommunaler Gemeinschaftsarbeit bewältigen. Europa-, Bundes- und Landesgesetzgebung müssen auch hier die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit die Kommunen auch ihre rentablen Betriebe im Wettbewerb erhalten können.

Den Klimawandel vor Ort bekämpfen – mit öffentlichen Betrieben

Energieeinsparung findet vor Ort statt – oder eben nicht. Dabei haben sich die öffentlichen Betriebe vielerorts als Motor der Entwicklung etabliert. Während die großen kapitalmarktorientierten Energiekonzerne lieber auf Großkraftwerke und veraltete Technologien, z.B. Kernkraft, setzen, haben Stadtwerke vielerorts schon

auf dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung und Fernwärmenetze zur effektiven Energienutzung umgestellt. Auch die Verwaltungen müssen durch Wärmedämmungsmaßnahmen die Kosten und den Energieverbrauch senken. Diese Möglichkeiten müssen auch ärmeren Kommunen endlich eröffnet werden. Auf städtischen Flächen dürfen nur Passiv- und Niedrigenergiehäuser entstehen. Bei der Ausweisung von Bebauungsgebieten und dem Verkauf städtischen Baulandes soll dieser Standard für die spätere Bebauung vorausgesetzt werden. Auch bei der Energiesparberatung zeigt sich der Vorteil der Stadtwerke. Während viele private Unternehmen kein Interesse an einer Reduzierung ihres Stromabsatzes haben, sind viele Stadtwerke auf diesem Gebiet aktiv – zum Vorteil der Umwelt und der Bürgerinnen und Bürger. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns auch für einen starken öffentlichen Nahverkehr mit Bussen und Bahnen aus. Diese sollen möglichst mit Wasserstoff, Erdgas oder Strom betrieben werden,

Kommunalfinanzen tatsächlich stärken – nicht bloß darüber reden

Die oberen Punkte zeigen: Ohne eine deutliche Stärkung der Gemeindefinanzen verkommt die kommunale Selbstverwaltung zur bloßen Worthülse. Daher müssen wir finanzielle und rechtliche Handlungsmöglichkeiten für Kommunalpolitik wieder schaffen: Wir sprechen uns für den Erhalt der Gewerbesteuer aus und fordern eine Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten. Wir sprechen uns gegen eine weitere Verlagerung finanzieller Belastungen auf die Kommunen aus. Das Konnexitätsprinzip muss beachtet werden, wenn der Bund oder die Länder Aufgaben auf die Kommunen verlagern.